

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.01.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:39 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Ausschussvorsitzender
Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin für Frank Sänger
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sven Knöchel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Rudenz Schramm	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Marcel Dörner	Sachkundiger Einwohner
Dr. Henrik Helbig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Bernd Voigtländer	Sachkundiger Einwohner
Anja Waas	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Uwe Stäglin	Beigeordneter
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Simone Trettin	Teamleiterin Freiraumplanung
Hendryk Hesse	Verkehrsplaner
Kirsten Sommer	Protokollführerin

Gäste

Herrn Silbersack	Vorstands-Vorsitzender USV
Herrn Lischewski	Investor Bauherr Sportparadies
Herrn Zaubitzer	Projektleiter Justizvollzugsanstalt
Herr Selz	Geschäftsführer Verkehrplus
Herr Schubert	Vertreter des Eigentümers Schmidt & Schubert GmbH
Herr Schmidt	Vertreter des Eigentümers Schmidt & Schubert GmbH

Entschuldigt fehlten:

Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Henning Lübbers	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Lämmerhirt eröffnete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Lämmerhirt informierte über das Vorliegen von einer Dringlichkeitsvorlage.

Herr Stäglin begründete die Dringlichkeit der Vorlage und wies darauf hin, dass der Nachtrag zur Städtebauförderung für das Sportparadies bereits als Mitteilung im letzten Ausschuss angekündigt war. Bis Ende Januar wurde die Möglichkeit eröffnet, Nachträge im Landesverwaltungsamt einzureichen.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
2/3 Mehrheit

Herr Stäglin bat darum, die Vorlage als TOP 4.0 zu behandeln.

Es wurde das Rederecht zum TOP 4.0 für Herrn Silbersack Vorstands-Vorsitzender USV und Herrn Lischewski, Investor/Bauherr Sportparadies beantragt.

Außerdem wurde das Rederecht zum TOP 4.1 für Herrn Zaubitzer, Projektleiter Justizvollzugsanstalt und zum TOP 4.2 für Herr Selz, Geschäftsführer Verkehrplus beantragt.

Zum TOP 7.2 wurde das Rederecht für Herrn Schmidt Vertreter des Eigentümers Schubert & Schmidt GbR, Scheibe C in Halle-Neustadt beantragt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Dr. Lämmerhirt bat darum den Antrag TOP 5.1

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und CDU/FDP im Stadtrat Halle (Saale) zur Einstellung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung Vorlage: VI/2015/01393 zu vertagen.

Herr Eigendorf regte an TOP 4.2 Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel Vorlage: VI/2015/01263 als 1. Lesung zu behandeln.

Es lagen keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen vor und **Herr Dr. Lämmerhirt** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten TO:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2015
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.2015
4. Beschlussvorlagen

NEU Behandlung TOP 4.8

- 4.1. Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2015/01248
- 4.2. Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel **1.Lesung**
Vorlage: VI/2015/01263
- 4.3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01275
- 4.4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ - Änderungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01277
- 4.5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 28
„Sonderbaufläche großflächiger Einzelhandel Delitzscher Straße“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes
Vorlage: VI/2015/01360
- 4.6. Bebauungsplan Nr. 57 "Gewerbegebiet Bruckdorf - An der B6" 2. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01369
- 4.7. Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 274) am Saaleradwanderweg
Abschnitt Lettin
Vorlage: VI/2015/01390
- 4.8. Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016 - 2. Nachtrag
Vorlage: VI/2015/01567
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE und CDU/FDP im Stadtrat Halle (Saale) zur Einstellung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 1, Gewerbegebiet Halle-Neustadt, 2. Änderung
Vorlage: VI/2015/01393 **vertagt**

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Quartalsbericht III/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2015/01313
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2015

Herr Voigtländer bat um Korrektur auf Seite 17 unter TOP 4.9..

Herr Voigtländer kritisierte die Bauweise. Nach seiner Meinung würden die Stahlträger im ~~Wasser-~~ **feuchten Bereich, im feuchten Luftbereich liegen und absetzender Staub oder Schmutz oder Pflanzen an den Untergurten zu Korrosion führen liegen.**

Es folgten keine weiteren Änderungswünsche.

Herr Dr. Lämmerhirt bat um Abstimmung der geänderten Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
2 Enthaltungen

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses vom 01.12.2015.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.8 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2016 - 2. Nachtrag Vorlage: VI/2015/01567

Herr Stäglin wies auf den in der Vorlage eingefügten Absatz hin, welcher der Erläuterung

dienen soll.

Es handelt sich hier um eine Möglichkeit, welche die Förderrichtlinie vorsieht.

Herr Silbersack stellte den Universitätssportverein vor und berichtete, dass der USV 3000 Mitglieder hat und keine eigene Sporthalle. Im Jahr 2009 wurde im Sport- und Gesundheitszentrum im Stadtteil Frohe Zukunft gebaut. Dieses Objekt wollte man ursprünglich erweitern. Im vergangenen Jahr ergab sich der Kontakt zu Herrn Lischewski und der Plan, das Projekt Sportpardies weiter zu entwickeln, entstand. Es folgten Gespräche mit der Investitionsbank und dem Landesverwaltungsamt darüber, inwieweit die Möglichkeit einer Koppelung zwischen privatem Sport und gemeinnützigem Sport besteht. Die Anzahl der Menschen, die im organisierten Sport tätig sind, hat sich verdoppelt und die Sporthallen haben sich in ihrer Anzahl halbiert. Das führt zu Engpässen. Antragsteller für die Förderung kann der sein, der über einen langfristigen Pachtvertrag verfügt oder Eigentümer ist.

Herr Lischewski berichtete, wie sich das Projekt aus seiner Sicht entwickelt hat. Nach dem langen Stillstand möchte man die großen Flächen so nutzen, dass man die Multifunktionsballsportnutzung des USV unterbringen kann. Man kann mit einem 25 jährigen Pachtvertrag dem USV eine gute Lösung anbieten. Er betonte, dass es ihn sehr freuen würde, wenn das Miteinander zwischen privaten und gemeinnützigen Initiativen ermöglicht werden kann. Er berichtete, dass er jetzt auf der Baustelle bauvorbereitend tätig ist und der HAVAG Zuarbeiten leistet, um den Anschluss an den Böllberger Weg herzurichten.

Herr Sommer fragte, ob mit dieser Maßnahme der gesamte Komplex fertig gestellt wird.

Herr Lischewski antwortete, dass mit der Förderung alles fertig werden kann.

Herr Dr. Fikentscher fragte, wer die Einnahmen bekommt.

Herr Lischewski antwortete, dass die Einnahmen zwischen dem gemeinnützigen Bereich und dem privatwirtschaftlichen Bereich getrennt werden. Der gemeinnützige Bereich erhält einen Pachtvertrag.

Herr Feigl bat um die Vertragsvorabstimmungen und detailliertere Informationen. Zu welchen Konditionen, für welche Laufzeit, für welche Flächen nutzt der gemeinnützige Träger das Gebäude. Es soll nachvollziehbar sein, ob die 2,5 Mio. € gut angelegt sind.

Herr Stäglin stellte fest, dass im Moment null Euro vorhanden sind. Es wird versucht, Geld zu akquirieren für das Projekt, auf Grund des beschriebenen Konzepts, was sicherlich noch manchen Konjunktiv hat. Für die Ausreichung von Fördermitteln werden noch weitere Vorlagen folgen. Man hofft auf einen Bewilligungsbescheid, welcher im November diesen Jahres erwartet wird.

Im Moment muss weiter am Projekt gearbeitet werden. Wenn eine Berichterstattung gewünscht ist, über die übliche Vorlage hinaus, kann man das gestalten.

Herr Feigl bat um eine Konkretisierung mit Lageplänen in denen dargestellt wird, wo die Funktionen und Gebäude zugeordnet sind. Außerdem bat er um Information wie die Pachtverträge aufgebaut sind.

Herr Silbersack antwortete, dass es noch nicht möglich ist zu sagen, wie der Pachtvertrag detailliert aussehen wird. Es ist eine Möglichkeit für einen gemeinnützigen Sportverein, ein Projekt auf den Weg zu bringen und das Land begleitet dies positiv. Für Stadtsport, Landessport und die Interessen des USV, stellt die 2000 m² große Mehrfelderhalle eine gemeinsame Chance dar. Die investiven Kosten, die der Universitätssportverein beitragen muss und die laufenden Kosten werden derzeit ermittelt.

Herr Dr. Helbig fragte, ob es von anderen Vereinen eventuell auch einen Bedarf gibt und wie das Management dann gestaltet wird.

Herr Silbersack bestätigte das Interesse an Kooperationen zur optimalen Nutzung. Die Investitionsbank bestätigte, dass dies ein Modellprojekt für das Land sein kann.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wer die erforderlichen Eigenmitteln der Stadt zahlen wird.

Herr Stäglin antwortete, dass hier das Ziel ist, dass über die Experimentierklausel und die Übernahme des dann verbleibenden 10 prozentigen Eigenanteils der Stadt durch einen unabhängigen Dritten als Spender, die Stadt Null Euro beisteuern muss.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, was mit dem Projekt passiert, wenn es keine Unterstützung durch die Städtebauförderung gibt.

Herr Silbersack antwortete, dass der USV bereit ist Geld zu investieren, aber die Größenordnung, die dann zu meistern wäre, ist nicht möglich.

Herr Stäglin ergänzte, dass es dann eine Aufgabe der Akteure ist zu prüfen, ob es andere Fördermöglichkeiten gibt.

Herr Voigtländer fragte, ob der Rohbau verpachtet wird. Er gab zu bedenken, wenn der Verpächter in Insolvenz ginge und der Rohbau (z.B. Dach) kaputt ginge, kann man den Innenausbau nicht mehr nutzen.

Herr Silbersack antwortete, dass dann der Universitätssportverein ein weiteres Modell entwickeln muss.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**
1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, dass die Maßnahme „Ausbau und Ausstattung einer Drei-Felder Mehrzwecksporthalle im Sportparadies Böllberger Weg“ zusätzlich in die Antragstellung des Programmjahres 2016 - Städtebaufördermittel - beim Landesverwaltungsamt aufgenommen wird, und beauftragt die Verwaltung den geänderten Antrag für das Programmjahr 2016 entsprechend einzureichen.

**zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2015/01248

Herr Stäglin wies darauf hin, dass die Details bekannt sind und bat um Fragestellungen.

Herr Bernstiel fragte zu den Herstellungskosten, welche entstehen werden durch den Weg und den Grundstückserwerb, ob dies noch nicht bekannt war. Sie sind in der Mittelfristplanung noch nicht enthalten

Herr Loebner wies darauf hin, dass dieses Vorhaben auf 2020 terminiert ist. Der Umgriff im B-Plan ist für die Rad- und Fußwegverbindung im Anschluss an die B6 nötig, für die ein paar Quadratmeter Grundstück von einem Eigentümer erworben werden müssen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte nach den kritischen Punkten der Stellungnahme der HAVAG.

Herr Möbius antwortete, dass es hier um eine Buslinie geht. Es entfällt eine Haltestelle, da der Zugang zur JVA geschlossen wird, da die Bevölkerung dieser Siedlung besorgt ist, dass die Besucher und Angestellten die Fahrzeuge in der Siedlung parken. Deshalb wird auch die Herbert-Voss-Straße geschlossen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wie man sich die Außensicherungsanlagen vorstellen muss.

Herr Zaubitzer erklärte, dass es eine Bauverbotszone geben wird, welche man nicht betreten darf. Das ist eine Baurechtseinschränkung. Es ist eine Mauer mit einer entsprechenden Höhe und Schutzvorrichtung (d.h. vor dieser Mauer wird ein Drahtzaun errichtet) geplant.

Es folgten keine weiteren Fragen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen ~~einstimmig~~ einstimmig mehrheitlich der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ (Aufstellungsbeschluss vom 29.01.2014, Beschluss-Nr. V/2013/12087). Der Geltungsbereich wird vergrößert und umfasst künftig eine Fläche von 26,37 ha. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 29.01.2014, Beschluss-Nr. V/2013/12087 bleiben bestehen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ in der Fassung vom 08.12.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ in der Fassung vom 08.12.2015 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

zu 4.2 Parkraumkonzept für Paulus- und Medizinerviertel Vorlage: VI/2015/01263

Herr Stäglin wies darauf hin, dass mit der Vorlage lediglich ein Arbeitsergebnis vorliegt und der Beschlussvorschlag den Auftrag beinhaltet, die im Konzept empfohlenen Maßnahmen vertieft und konkret zu betrachten, so dass es finanziell darstellbar ist.

Herr Selz berichtete von seinen Untersuchungen des Parkraums im Paulus- und Medizinerviertel. Der Abschlussbericht ist in der Beschlussvorlage enthalten.

Es wurde nachgewiesen, dass sich der Parkdruck im Untersuchungsgebiet aus dem hohen Pkw-Bestand der Bewohner ergibt, der auf ein begrenztes Parkraumangebot trifft. Die Voraussetzungen für die Errichtung von Bewohnerparkzonen sind nicht gegeben. **Herr Selz** schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, deren Ziele die Verbesserung von Parkraumnutzung, Verkehrssicherheit und Verbesserung des Wohnumfeldes sind.

Frau Waas und **Herr Selz** diskutierten über das Mischsystem von Bewohnerparkplätzen und Kurzzeitparkern in den verschiedenen Gebieten.

Herr Voigtländer sagte, dass der „grüne Bereich“ aussagt, dass zu bestimmten Zeiten immer eine Parkfläche frei sei. Er fragte, welche Bereiche man abziehen muss, um eine klare Aussage zu fehlenden Stellplätzen treffen zu können.

Herr Selz antwortete, dass die Einteilung der Gebiete bewusst vorgenommen wurde. Er sagte, dass keine der Stellplätze abzuziehen sind, da in der Einteilung alle eine akzeptable Erreichbarkeit haben.

Herr Hesse erklärte, wie die Gebietseinteilung entstand und die Stellplatzkapazitäten in den Gebieten ermittelt wurde.

Herr Voigtländer fragte, ob es zu der vorgeschlagenen Art und Weise der Nutzung, Kreuzungen durch Fahrradbügel für Pkw unbefahrbar zu machen, Erfahrungen aus anderen Städten gibt.

Herr Loebner antwortete, dass es in Leipzig solche Einfahrtbarrieren mit Radbügeln gibt. Es ist keine Standardlösung für jede Kreuzung.

Herr Hesse sagte, dass in den abmarkierten Bereichen keine Hindernisse sind. Der Idealfall, dass dort kein Pkw parkt, ist nur mit großem Kontrollaufwand zu erreichen. Es wird eine Lösung gesucht, die praktikabel ist, auch wenn sie nicht der Idealfall ist.

Herr Dr. Helbig merkte an, dass es ein erhebliches Falschparkerproblem gibt und er vermisst Maßnahmen gegen die Falschparker auf Gehwegen. Außerdem ergänzte er, dass die prioritäre Kreuzung Humboldtstraße/Schleiermacherstraße nicht an der Richtigen Position betrachtet wird. Hier kommt es zu großen Behinderungen durch Falschparker in Kreuzungsbereich für die Schüler der Lessingschule. Er hält die Abstellanlage von Fahrrädern hier für eine gute Lösung.

Herr Dr. Fikentscher stellte fest, dass das vorliegende Konzept kein Gesamtkonzept ist, sondern eine Aufzählung von vielen Maßnahmen, die man auch einzeln durchführen könnte. Er fragte, ob man die Maßnahmen Schritt für Schritt in Teilbereichen durchführen kann und betrachten kann, wie es wirkt.

Außerdem fragte er, wie die Erfahrung in anderen Städten ist, bei der Betrachtung der subjektiven Faktoren. Es geht um die Leute, die Haltung der Leute zum Parken.

Herr Selz beantwortete den zweiten Teil, grundsätzlich ist die subjektive Wahrnehmung des Parkraums immer schlechter als die gewerteten Zahlen. Es soll Parkraum geschaffen werden und der soll nichts kosten. Es geht darum den Mangel gut zu verwalten und eine punktuelle Verbesserung zu erreichen.

Herr Stäglin sagte, dass ein Ergebnis der Betrachtung ist, dass man keine einheitliche Lösung für das gesamte Paulusviertel und das Medizinerviertel vorlegen kann.

Die Einteilung in Zonen hat deutlich gemacht, dass beide Seiten irgendwie recht hatten. Die, die gesagt haben, man findet im Paulusviertel einen Parkplatz und es gibt die Bereiche, die klar und deutlich zeigen, da kann man lange fahren, ohne etwas zu finden oder man weicht in ein anderes Gebiet aus. Es wird nicht darum gehen können, einen einheitlichen Entwurf zu machen.

Herr Stäglin schlug vor, deswegen zurück zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zu gehen, die vorgeschlagenen Maßnahmen weiter zu konkretisieren, zu vertiefen und zu untersuchen, was möglich ist. Jeder bauliche Eingriff in den Straßenraum bringt uns auf die Ebene des Denkmalschutzes und was unter dem Blickwinkel im Straßenraum gemacht werden kann.

Man kann an bestimmte Maßnahmen weiter herantreten, diese konkret untersuchen und kalkulieren was es kostet, um sie im Haushalt einzuordnen. Es ist eine umfangreiche Bestandsaufnahme zum Thema Parken. Es gibt jetzt eine gute Grundlage um jede Bürgerdiskussion auf einer fundierteren Basis durchführen zu können.

Herr Dr. Fikentscher fragte, über welche Zeiträume man redet.

Herr Loebner antwortete, dass über die kommenden Jahre gesprochen wird.

Man braucht Zeit um neue Konzepte zur Mobilität zu organisieren.

Herr Schramm schlug vor, die Parkplätze beim REWE in der Krausenstraße mit einer Schranke und einer Gebühr zu bewirtschaften. Das wäre ein Ventil für die Anwohner.

Herr Hesse kommentierte das mit einem Vergleich aus dem Paulusviertel, im Umfeld des Arbeitsamtes. Es gibt keine Möglichkeit der internen Regelung, Haftung und Sicherheit. Das Interesse der Eigentümer besteht nicht, weil man sich mit diesem Komplex nicht beschäftigen möchte.

Herr Bernstiel machte darauf aufmerksam, dass eine Maßnahme, wie der Bau eines Parkhauses, fehlt.

Herr Stäglin wies auf die gezählten Stellplätze hin. Es gibt keine einheitliche Situation über das gesamte Gebiet. Ohne die Frage, wie weit ist die Entfernung, die zumutbar ist, würde man theoretisch einen Stellplatz finden.

Am Steintorcampus gab es über die Stellplatzablöse eine Einnahme. Man kann jetzt prüfen, welche der einzelnen Maßnahmen aus dem Konzept, lässt sich aus der Stellplatzablöse finanzieren. Für ein Parkhaus braucht man das Grundstück. Es gibt keine Fördergebietskulisse, keine Zusatzfinanzierung ist möglich. Man müsste immer über Einnahmen oder städtische Eigenmittel gehen.

Frau Winkler fragte zum Verständnis, ob die neue Situation des Pauluswohnparks mit berücksichtigt wurde.

Herr Hesse antwortete, dass es sich um den Bestand 2015 handelt, deshalb wurde es nicht berücksichtigt.

Frau Waas merkte zu den Falschparkern an, dass es mit Kontrollen immer eine

Einnahmequelle geben wird. Sie fragte, ob es steuerbar ist, dass die Bewohner im näheren Umkreis ihres Wohnortes einen Parkplatz haben.

Herr Selz sagte, dass nicht berücksichtigt wurde, was mit den Bewohnern ist, die ihr Auto woanders abstellen. Man kann nicht steuern, woher die abgestellten Autos kommen. Das ist nicht das Thema der Untersuchung.

Herr Hesse berichtete, dass zwei Maßnahmen an dem Punkt der Organisation der Verteilung der Fahrzeuge ansetzen. Eine Variante ist, Ladezonen vor dem Haus einzurichten, den Bewohnern anzubieten, vor dem Haus be- und entladen zu können und damit die Akzeptanz zu steigern, dass das Fahrzeug dann an einem entfernteren Standort abzustellen ist. Die andere Variante ist eine innovative Maßnahme, dass hier die Wahrnehmung geschärft wird, für freie Stellplatzkapazitäten die am Rande der Gebiete liegen. Durch offensive Information sollten diese ins Bewusstsein gerückt werden.

Herr Feigl bemerkte, dass kleine Verbesserungen möglich sein werden. Der Platz ist nicht nutzungsnah vorhanden bzw. nicht vorhanden. Das ist nicht zu lösen.

Herr Dr. Lämmerhirt beendete die Debatte der 1. Lesung, um sie in der nächsten Ausschusssitzung fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
1. Lesung

Beschlussempfehlung:

1. Das Parkraumkonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Parkraumkonzept empfohlenen Maßnahmen vertieft und örtlich konkret zu untersuchen, auf ihre rechtliche und verkehrstechnische Machbarkeit zu prüfen sowie deren überschlägige Kosten zu ermitteln. Über das Ergebnis ist zu informieren.

Pause von 18:57 Uhr bis 19:05 Uhr.

**zu 4.3 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01275**

Herr Bernstiel fragte, was genau da gebaut werden soll.

Herr Stäglin antwortete, dass das bestehende Unternehmen Multipolster umorganisieren möchte.

Es folgten keine weiteren Fragen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.4 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 25
„Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“ -
Änderungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01277**

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Beschlussvorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 25 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Deutsche Grube“, in der Fassung vom 05.10.2015.

**zu 4.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 28
„Sonderbaufläche großflächiger Einzelhandel Delitzscher Straße“ -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes
Vorlage: VI/2015/01360**

Herr Stäglin beschrieb das Vorhaben und erläuterte die Entwicklung einer Fläche für großflächigen Einzelhandel. Es handelt sich um eine Baumarktentwicklung. Dies wird ein Baumarkt mit einer Straßenbahnanbindung als Lagegunst, deshalb soll das Vorhaben planerisch vorangebracht werden.

Herr Eigendorf fragte, ob mit dem Investor darüber gesprochen wurde, ob er sich woanders ansiedeln würde.

Herr Stäglin antwortete, dass es einen Investor und Grundstückseigentümer gibt und sie sind gemeinsam an die Stadt herangetreten.

Frau Waas äußerte Konkurrenzbefindlichkeiten bezüglich des obi-Baumarkts.

Herr Stäglin sagte, dass man mit Planungsrecht in der wirtschaftlichen Entwicklung keinen Konkurrentenschutz betreiben kann.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Lämmerhirt bat um Abstimmung der Beschlussvorlage und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 28 „Sonderbaufläche großflächiger Einzelhandel, Delitzscher Straße“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 06.10.2015.
2. Der Entwurf des Änderungsplanes des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 28 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 57 "Gewerbegebiet Bruckdorf - An der B6" 2. Änderung
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2015/01369**

Herr Stäglin erklärte, dass man sich mit dem Aufstellungsbeschluss auf den Weg macht. Im Einzugsbereich der Halle Messe wird eine Fläche bewirtschaftet, die als öffentlicher Parkplatz planungsrechtlich ausgewiesen ist. Es geht darum den planungsrechtlichen Status des Parkplatzes zu ändern.

Herr Eigendorf fragte, ob es einen Sinn macht den Weg zu gehen, da grundsätzlich Probleme mit der Halle Messe GmbH bestehen.

Herr Stäglin antwortete, dass es planungsrechtlich eine Grundlage darstellt, die weiterhin sinnvoll ist, um die gesamten Grundstücksverhältnisse rund um den Einzugsbereich der Messe zu sortieren.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Dr. Lämmerhirt** bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
3 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 57 „Gewerbegebiet Bruckdorf – An der B6 “ (Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle vom 16.06.2009) zu ändern (2. Änderung).

2. Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst eine Fläche von ca. 1,2 ha.
3. Der in der beigefügten zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannte Änderungsumfang wird gebilligt.
4. Die 2. Änderung soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

**zu 4.7 Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung (HW 274) am Saaleradwanderweg Abschnitt Lettin
Vorlage: VI/2015/01390**

Herr Stäglin wies darauf hin, dass die Vorlage im Sinne des Beschlusses bekannt ist. Es erfolgt nach der Planung die bauliche Umsetzung.

Herr Voigtländer fragte, ob die Brücke untersucht wurde, welche in diesem Bereich liegt, bezüglich ihrer Haltbarkeit.

Frau Trettin antwortete, dass die Brücke bereits saniert wurde.

Herr Feigl fragte, wie viele Bäume für die Schaffung von Baufreiheit beseitigt werden.

Frau Trettin antwortete, dass der Sturm im letzten Sommer die Arbeit abgenommen hat. Es wird eine Neupflanzung von sieben Bäumen vorgenommen und Ausgleichspflanzungen werden durchgeführt.

Herr Feigl fragte, ob der Bestand vor oder nach dem Sturm ausgeglichen wird.

Frau Trettin antwortet, dass der Bestand vor dem Sturm ausgeglichen wird.

Es folgten keine weiteren Fragen.

Herr Dr. Lämmerhirt bat um Abstimmung der Vorlage.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Hochwasserschadensbeseitigung (HW 274) am Saaleradwanderweg Abschnitt Lettin, entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Quartalsbericht III/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG Vorlage: VI/2015/01313

Der Quartalsbericht III/2015 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Vorstellung Sanierungsvorhaben Scheibe C

Herr Stäglin sagte, dass man an den Tagesordnungspunkt 4.8 Nachtrag für Beantragung von Städtebaufördermitteln anknüpfen möchte.

Ergänzend beantragte er Rederecht für Herrn Schubert.

Herr Dr. Lämmerhirt bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Stäglin sagte, wenn es zu einer positiven Beschlussfassung im Stadtrat kommt, wurde vom Land die Möglichkeit eröffnet einen dritten Nachtrag für die Beantragung von Städtebauförderung für die Maßnahme Sanierung der Scheibe C einreichen zu können. Die Dringlichkeitsvorlage wird den Finanzausschuss erreichen und den Stadtrat. Um die Mitglieder des Planungsausschusses inhaltlich mitzunehmen wurden Herr Schmidt und Herr Schubert eingeladen ihr Konzept vorzustellen auch als Informationsbasis für die Diskussion in den Fraktionen.

Herr Schmidt stellte die Nutzungsidee der Scheibe C vor.

Verschiedene Ziele werden verfolgt. Es soll die städtebauliche Aufwertung des Stadtteils Halle-Neustadt erfolgen. Es wurde sich an den Entwürfen der bereits bekannten französischen Architekten orientiert. Es wird mit viel Glas gearbeitet. Es wurde eine Bauvoranfrage gestellt, welche positiv bestätigt wurde. Es liegen von allen Nachbarn die Zustimmungen vor, um das Projekt umsetzen zu können. Mit der Sanierung soll keine Konkurrenzsituation zu dem bestehenden Wohnungsbestand geschaffen werden. Der Zentrumsbereich wurde barrierefrei gestaltet. Außerdem sind öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufsmöglichkeiten und Ärzte vorhanden.

Es werden bezahlbare Wohnungen geschaffen mit einer Nettokaltmiete von 6 €/m² und kalkulierten Nebenkosten von 1,50 €/m². Die ersten fünf Etagen können wohnwirtschaftlich nicht genutzt werden. Sie werden Dienstleistern, welche u.a. die Nutzer des Hauses betreuen, angeboten. Ab dem 5. Geschoss soll das Haus für Auszubildende, Studenten und Bewohner, welche barrierefrei wohnen wollen, vermietet werden. Der Bedarf wurde aus Statistiken ermittelt und erschien sinnvoll und wirtschaftlich. Zu den Baukosten von 16 Mio. € erklärte Herr Schmidt, dass Fördermittel mit ca. 3,7 Mio. € angesetzt wurden und 1,2 Mio. € bis 1,3 Mio. € werden aus dem Umfeld des Investors gestellt.

Herr Stäglin ergänzte, dass zur Berechnung der Fördermittel von 3,7 Mio. € der Passus berücksichtigt wurde, dass bei Wohnungen die entsprechend einer DIN für Rollstuhlfahrer ausgebaut werden, pro Wohneinheit zusätzlich 5000 € beantragt werden können. Das Förderprogramm heißt Stadtumbau Ost, Aufwertung Programmgebiet Neustadt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 mdl. Anfrage Herr Dr. Helbig zur Machbarkeitsstudie zum ruhenden Verkehr in der nördliche Altstadt

Herr Dr. Helbig fragte, wann die Machbarkeitsstudie zum ruhenden Verkehr der nördlichen Innenstadt vorgestellt wird.

Herr Stäglin antwortete, dass sie im 1. Halbjahr 2016 vorliegen wird.

zu 8.2 mdl. Anfrage Herr Feigl zur Errichtung eines Parkplatzes

Herr Feigl fragte, ob es einen Bauantrag für einen Parkplatz im östlichen Teil in der Luisenstraße gibt und ob es insgesamt eine Betrachtung des Gebietes zum Thema Parken gibt.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Es gibt im Moment keine Verkehrsuntersuchung in dieser Richtung.

zu 8.3 mdl. Anfrage Herr Feigl zur Notsicherung der Schwemmebrauerei

Herr Feigl fragte, welche Maßnahmen zur Gebäudesicherung geplant sind, nachdem die Notsicherung des privaten Teils bis zum 31.12.2015 nicht erfolgte.

Herr Stäglin sagte, dass eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Lämmerhirt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten.

Dr. Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Kirsten Sommer
stellv. Protokollführerin